Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

68. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 11. November 2014	Nummer 33

Glied.-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
113	29. 10. 2014	Fünfte Verordnung zur Änderung der Beflaggungsverordnung	720
113	29. 10. 2104	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Führung des Landeswappens	720
820	4. 11. 2014	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über niedrigschwellige Hilfe- und Betreuungsangebote für Pflegebedürftige	728
83	5. 11. 2014	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über den finanziellen Ausgleich des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen	722

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBl. NRW.) stehen **im Intranet des Landes NRW** zur Verfügung.

Dasselbe wird **auch im Internet angeboten.** Die Adresse ist: https://recht.nrw.de. Hingewiesen wird auf die kostenlosen Angebote im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das **Newsletter-Angebot** der Redaktion eintragen. Adresse: https://recht.nrw.de, dort: kostenlose Angebote.

113

Fünfte Verordnung zur Änderung der Beflaggungsverordnung

Vom 29. Oktober 2014

Auf Grund des Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über das öffentliche Flaggen vom 10. März 1953 (GV. NRW. S. 220), der zuletzt durch Gesetz vom 2. Oktober 2014 (GV. NRW. S. 617) geändert worden ist, verordnet das Ministerium für Inneres und Kommunales:

Artikel 1

Die Beflaggungsverordnung vom 29. November 1984 (GV. NRW. S. 742), die zuletzt durch Verordnung vom 19. September 2008 (GV. NRW. S. 626) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

   „Wird vom für Inneres zuständigen Ministerium auf Grund des Absatzes 1 des Gesetzes Trauerbeflaggung angeordnet, die sich auf einen der Beflaggungstage nach Absatz 1 Nummer 2 bis 8 und 10 erstreckt, ist an diesem Tag ebenfalls halbmast zu flaggen."

2. § 2 Satz 2 wird aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 29. Oktober 2014

Der Minister
für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ralf J ä g e r

– GV. NRW. 2014 S. 720

113

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Führung des Landeswappens

Vom 29. Oktober 2014

Auf Grund des § 5 des Gesetzes über die Landesfarben, das Landeswappen und die Landesflagge vom 10. März 1953 (GV. NRW. S. 219), der durch Gesetz vom 2. Oktober 2014 (GV. NRW. S. 617) geändert worden ist, verordnet das Ministerium für Inneres und Kommunales:

Artikel 1

Die Verordnung über die Führung des Landeswappens vom 16. Mai 1956 (GV. NRW. S. 163), die zuletzt durch Verordnung vom 4. September 2012 (GV. NRW. S. 405) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

      „(1) Das Landeswappen führen

      a) die Landesregierung, die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident, die Landesministerinnen und Landesminister,

      b) die Präsidentin des Landtags oder der Präsident des Landtags und die Mitglieder des Landtags in dieser Eigenschaft,

      c) der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen,

      d) der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen,

      e) die oder der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen,

      f) alle übrigen Landesbehörden und Einrichtungen des Landes sowie die Gerichte,

      g) die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaft und der Künste,

      h) die Hochschulen in staatlicher Trägerschaft und öffentlichen Schulen,

      i) die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte,

      k) die Notarinnen und Notare,

      l) die Standesbeamtinnen und Standesbeamten,

      m) die Schiedsfrauen und Schiedsmänner,

      n) die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Vermessungsingenieure und

      o) die Deutsche Verkehrswacht – Landesverkehrswacht NRW e.V.

      Daneben dürfen die in Satz 1 bezeichneten Stellen in der Öffentlichkeitsarbeit das Landeswappen in vereinfachter Form nach den Mustern 1a und 1b verwenden."

   b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

      „(3) Andere als in Absatz 1 benannte Stellen können das Nordrhein-Westfalen-Zeichen nach Muster 1c oder 1d nutzen, um die Verbundenheit mit dem Land Nordrhein-Westfalen zu dokumentieren.

      Das Nordrhein-Westfalen-Zeichen darf nicht missbräuchlich verwendet werden. Wer das Nordrhein-Westfalen-Zeichen im Zusammenhang mit Inhalten verwendet, die

      1. gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind oder

      2. die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden,

      handelt ordnungswidrig. Ebenfalls ordnungswidrig handelt, wer das Nordrhein-Westfalen-Zeichen missbräuchlich so verwendet, dass der Eindruck entstehen kann, dass die Verwendung in amtlicher Funktion erfolgt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 50 000 Euro geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602) in der jeweils geltenden Fassung ist die örtliche Ordnungsbehörde."

2. In § 4 Absatz 2 wird das Wort „Oberkreisdirektoren" durch die Wörter „Landrätinnen und Landräte" ersetzt.

3. In § 6 Absatz 2 werden die Wörter „Der zuständige Fachminister" durch die Wörter „Das zuständige Fachministerium" und wird das Wort „Innenminister" durch die Wörter „für Inneres zuständigen Ministerium" ersetzt.

4. § 8 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Landeswappen" die Wörter „(Muster 1) oder das Landeswappen in vereinfachter Form (Muster 1a, 1b)" eingefügt.

   b) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze angefügt:

      „Der Polizeistern nach Muster 6b und 6c darf nur durch das für Inneres zuständige Ministerium, die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen und die Deutsche Hochschule der Polizei verwendet werden. Darüber hinausgehende Verwendungen unterliegen dem Genehmigungsvorbehalt durch das für Inneres zuständige Ministerium."

5. Die Anlage zur Verordnung über die Führung des Landeswappens wird wie folgt geändert:

   a) Nach dem Muster 1 werden die folgenden Muster 1a bis 1d eingefügt:

Muster 1a:

Landeswappen Nordrhein-Westfalen
in vereinfachter Form

Muster 1b:

Landeswappen Nordrhein-Westfalen
in vereinfachter Form
(schwarz-weiß)

Muster 1c:

Nordrhein-Westfalen-Zeichen

Muster 1d:

Nordrhein-Westfalen-Zeichen
(schwarz-weiß)

b) Das Muster 6 wird durch folgendes Muster 6 ersetzt:

Muster 6 :

Dienstsiegel für Landrätinnen und Landräte
als Kreispolizeibehörde

c) Nach Muster 6 werden die folgenden Muster 6a bis 6c eingefügt:

Muster 6a:

Dienstsiegel für Polizeipräsidien

Muster 6b:

Polizeistern

Muster 6c:

Polizeistern
(schwarz-weiß)

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 29. Oktober 2014

Der Minister
für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Ralf J ä g e r

– GV. NRW. 2014 S. 720

83

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über den finanziellen Ausgleich des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen

Vom 5. November 2014

Auf Grund des § 23 Absatz 8 Satz 2, § 25 Absatz 3 und § 26 Absatz 3 des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 482), von denen § 23 Absatz 8 Satz 2 und § 25 Absatz 3 neu gefasst und § 26 Absatz 3 eingefügt wurden durch Gesetz vom 25. Oktober 2011 (GV. NRW. S. 542), verordnet das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales im Einvernehmen mit dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport und dem Finanzministerium:

Die Verordnung über den finanziellen Ausgleich des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16. Dezember 2011 (GV. NRW. S. 730) wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift werden die Wörter „**und zur Anpassung des Belastungsausgleichs**“ angefügt.
2. Vor § 1 wird folgende Überschrift eingefügt:

„**Teil 1**
Einzelheiten des finanziellen Ausgleichs“.

3. Nach § 5 wird folgende Überschrift eingefügt:

„**Teil 2**
Anpassung des Belastungsausgleichs“.

4. Vor § 6 werden folgende §§ 6 bis 8 eingefügt:

„**§ 6**
Personalbedarf

Der Personalbedarf der Landschaftsverbände, Kreise und kreisfreien Städte für die Wahrnehmung der Aufgaben nach den §§ 2 bis 5 und 8 Absatz 2 des Eingliederungsgesetzes ab dem 1. Januar 2014 in den einzelnen Aufgabenbereichen und seine Aufteilung ergeben sich aus den **Anlagen 1 bis 4** zu dieser Verordnung.

§ 7
Personalkostenpauschalen

(1) Die Jahresdurchschnittskosten pro Vollzeitäquivalent als finanzieller Ausgleich für den Personalaufwand für die Beamten gemäß § 9 des Eingliederungsgesetzes werden wie folgt angepasst:

a) ab dem 1. Januar 2012 auf 43 898 Euro,

b) ab dem 1. Januar 2013 auf 45 061 Euro,

c) ab dem 1. Januar 2014 auf 46 390 Euro.

(2) Die Jahresdurchschnittskosten pro Vollzeitäquivalent als finanzieller Ausgleich für den Personalaufwand für Beschäftigte, die als Nachersatz für ausgeschiedene Beschäftigte mit Aufgaben nach den §§ 2 bis 5 und 8 Absatz 2 des Eingliederungsgesetzes betraut werden, werden wie folgt angepasst:

a) ab dem 1. Januar 2012 auf 53 604 Euro,

b) ab dem 1. Januar 2013 auf 55 025 Euro,

c) ab dem 1. Januar 2014 auf 56 648 Euro.

§ 8
Höhe des fachbezogenen Sachaufwands

Der Pauschalbetrag pro Fall, den die Kreise und kreisfreien Städte zum Ausgleich des Aufwands, der durch die medizinische Beweiserhebung und durch Gebühren und Anwaltskosten im Gerichtsverfahren (fachbezogener Sachaufwand) entsteht, erhalten, wird mit Wirkung vom 1. Januar 2014 auf 63,50 Euro erhöht.“

5. Nach § 8 wird folgende Überschrift eingefügt:

„**Teil 3**
Inkrafttreten“.

6. Der bisherige § 6 wird § 9.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft.

Düsseldorf, den 5. November 2014

Der Minister
für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

S c h n e i d e r

Anlage 1

Verteilschlüssel
für den Aufgabenbereich
Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Kreis / kreisfreie Stadt	Mittel eingeg. Anträge 2010-2012	%-Anteil	Personal-bedarf
Düsseldorf	7.132	4,13	**8,43**
Duisburg	4.652	2,70	**5,50**
Essen	5.378	3,12	**6,36**
Krefeld	2.063	1,20	**2,44**
Mönchengladbach	2.348	1,36	**2,78**
Mülheim	1.542	0,89	**1,82**
Oberhausen	1.876	1,09	**2,22**
Remscheid	965	0,56	**1,14**
Solingen	1.440	0,83	**1,70**
Wuppertal	3.321	1,92	**3,93**
Kreis Kleve	2.851	1,65	**3,37**
Kreis Mettmann	4.342	2,52	**5,13**
Kreis Neuss	4.236	2,45	**5,01**
Kreis Viersen	2.503	1,45	**2,96**
Kreis Wesel	3.802	2,20	**4,49**
Bonn	4.196	2,43	**4,96**
Köln	13.098	7,59	**15,48**
Leverkusen	1.682	0,97	**1,99**
Städteregion Aachen	5.525	3,20	**6,53**
Kreis Düren	2.384	1,38	**2,82**
Rhein-Erft-Kreis	4.427	2,56	**5,23**
Kreis Euskirchen	1.676	0,97	**1,98**
Kreis Heinsberg	2.219	1,29	**2,62**
Oberbergischer Kreis	2.698	1,56	**3,19**
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.621	1,52	**3,10**
Rhein-Sieg-Kreis	5.832	3,38	**6,89**
Bottrop	944	0,55	**1,12**
Gelsenkirchen	2.196	1,27	**2,60**
Münster	3.605	2,09	**4,26**
Kreis Borken	3.919	2,27	**4,63**
Kreis Coesfeld	2.041	1,18	**2,41**
Kreis Recklinghausen	5.143	2,98	**6,08**
Kreis Steinfurt	4.505	2,61	**5,32**
Kreis Warendorf	2.717	1,57	**3,21**
Bielefeld	3.742	2,17	**4,42**
Kreis Gütersloh	3.685	2,14	**4,36**
Kreis Herford	2.336	1,35	**2,76**
Kreis Höxter	1.282	0,74	**1,51**
Kreis Lippe	3.490	2,02	**4,12**
Kreis Minden-Lübbecke	3.118	1,81	**3,69**
Kreis Paderborn	3.346	1,94	**3,95**
Bochum	3.266	1,89	**3,86**
Dortmund	5.550	3,22	**6,56**
Hagen	1.619	0,94	**1,91**
Hamm	1.654	0,96	**1,96**
Herne	1.303	0,75	**1,54**
Ennepe-Ruhr-Kreis	2.657	1,54	**3,14**
Hochsauerland-Kreis	2.235	1,29	**2,64**
Märkischer Kreis	3.664	2,12	**4,33**
Kreis Olpe	1.292	0,75	**1,53**
Kreis Siegen-Wittgenstein	2.456	1,42	**2,90**
Kreis Soest	2.762	1,60	**3,26**
Kreis Unna	3.259	1,89	**3,85**
	172.599	**100,00**	**204,00**

Verteilschlüssel **Anlage 2**
Bergmannversorgungsschein

Personalbedarf für das Aufgabengebiet Bergmannversorgungsschein

Aufgabengebiet	Personal-bedarf insgesamt	davon LVR	davon LWL
Bergmannversorgungsschein	**4,0**	-	4,0

Angegeben ist die Anzahl der benötigten Vollzeitäquivalente (Stellenbedarf).

Anlage 3

Verteilschlüssel
Soziales Entschädigungsrecht

Personalbedarf Gesamt	Allgemeine Aufwände i.B. auf Fachaufgaben	OEG		BVG		InfSG		SNG		BVG-Ausland		SVG	
		Erstanträge	Bestandsfälle u	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle
Fallzahl		5194	5617	457	37479	108	643	45	291		1013	268	3183
Personalbedarf	37,28	76,09	49,72	2,42	58,84	3,19	5,96	2,35	1,49		3,81	2,81	10,03
Personalbedarf Gesamt	**253,99**												

Personalbedarf LVR	Allgemeine Aufwände i.B. auf Fachaufgaben	OEG		BVG		InfSG		SNG		BVG-Ausland		SVG	
		Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle
Fallzahl		2759	2304	208	18159	24	200	31	172			131	1592
Personalbedarf	16,45	40,42	19,54	1,10	28,51	0,71	1,85	1,62	0,88			1,37	5,01
Personalbedarf LVR	**117,47**												

Personalbedarf LWL	Allgemeine Aufwände i.B. auf Fachaufgaben	OEG		BVG		InfSG		SNG		BVG-Ausland		SVG	
		Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle	Erstanträge	Bestandsfälle
Fallzahl		2435	3313	249	19320	84	443	14	119		1013	137	1591
Personalbedarf	20,83	35,67	30,18	1,32	30,33	2,48	4,11	0,73	0,61		3,81	1,43	5,01
Personalbedarf LWL	**136,52**												

Erstanträge / Bestandsfälle jeweils zum Stichtag 31.12.2012

Anlage 3

Fortsetzung Verteilschlüssel
Soziales
Entschädigungsrecht

Übersicht Aufwand je Fall in VZÄ

	OEG	InfSG	SVG	SNG
Aufwand je Erstantrag	0,00633	0,00888	0,00384	0,01675
+ **Induzierter Aufwand je Erstantrag**				
=				
Induzierter Aufwand beim Fallmanagement	0,00160			
+				
Induzierter Aufwand ärztl. Dienst	0,00258	0,00812	0,00401	0,00506
+				
Induzierter Aufwand rechtl. Dienst	0,00176	0,00853	0,00103	0,01967
+ **Indirekte fallzahlabhängige Aufwände**	**0,00238**	**0,00398**	**0,00159**	**0,01083**
= **Gesamtaufwand induziert durch Erstanträge**	**0,01465**	**0,02951**	**0,01047**	**0,05231**

	BVG	BVG-Ausland
Aufwand je Erstantrag	0,00438	k.A.
+ **Indirekte fallzahlabhängige Aufwände**	0,00092	k.A.
= **Gesamtaufwand induziert durch Erstanträge**	**0,00530**	**k.A.**

	OEG	InfSG	SVG	SNG
Aufwand je Bestandsfall (Überprüfung)	0,00086	0,00050	0,00019	0,00046
+ **Induzierter Aufwand je Bestandsfall**				
=				
Induzierter Aufwand in HuK	0,00363	0,00191	0,00112	0,00187
+				
Induzierter Aufwand in OVSt	0,00175	0,00278	0,00103	0,00065
+				
Induzierter Aufwand Folgeantrag	0,00040	0,00044	0,00011	0,00064
+				
Induzierter Aufwand Pflegefall (§ 35 BVG)	0,00046	0,00239	0,00022	0,00045
+				
Induzierter Aufwand Sonderzuständigkeit (LWL)	0,00053			
+				
+ Indirekte fallzahlabhängige Aufwände	0,00138	0,00125	0,00048	0,00106
bzw +				
+ Indirekte fallzahlabhängige Aufwände (LWL)	0,00148			
= **Gesamtaufwand induziert durch Bestandsfälle LVR**	**0,00848**	**0,00927**	**0,00315**	**0,00513**
= **Gesamtaufwand induziert durch Bestandsfälle LWL**	**0,00911**	**0,00927**	**0,00315**	**0,00513**

	BVG	BVG-Ausland
Aufwand je Bestandsfall (Überprüfung)	0,00015	0,00188
Induzierter Aufwand je Bestandsfall		
=		
Induzierter Aufwand je Folgeantrag	0,00009	k.A.
+		
Induzierter Aufwand je Pflegefall (§35 BVG)	0,00013	k.A.
+		
Induzierter Aufwand beim ärztl. Dienst	0,00007	0,00009
+		
Induzierter Aufwand beim rechtl. Dienst	0,00001	0,00006
+		
Induzierter Aufwand in HuK	0,00035	0,0003
+		
Anla Induzierter Aufwand in OVSt	0,00050	0,00061
+ **Indirekte fallzahlabhängige Aufwände**	0,00027	0,00082
= **Gesamtaufwand induziert durch Bestandsfälle**	**0,00157**	**0,00376**

Verteilschlüssel
für den Aufgabenbereich
Schwerbehindertenrecht

Anlage 4

Kreis / kreisfreie Stadt	Erst-Anträge Mittel 2010-2012	Änderungs-Anträge Mittel 2010-2012	Nach-prüfungen Mittel 2010-2012	Wider-sprüche Mittel 2010-2012	Klagen Mittel 2010-2012	Summe der Verfahren	%-Anteil	Personal-bedarf
Aachen StädteRegion	5.701	8.050	3.153	3.500	753	**21.157**	3,18%	**24,09**
Bielefeld	3.016	3.404	2.239	1.428	301	**10.389**	1,56%	**11,83**
Bochum	4.496	7.327	2.967	3.059	517	**18.366**	2,76%	**20,92**
Bonn	2.925	3.402	1.422	1.287	166	**9.202**	1,38%	**10,48**
Borken Kreis	3.250	4.347	2.351	1.682	219	**11.849**	1,78%	**13,49**
Bottrop	1.484	1.947	841	795	154	**5.221**	0,78%	**5,95**
Coesfeld Kreis	1.985	2.482	1.073	1.039	146	**6.725**	1,01%	**7,66**
Dortmund	6.790	10.699	4.845	4.281	754	**27.368**	4,11%	**31,17**
Düren Kreis	2.912	3.961	1.587	1.910	314	**10.684**	1,61%	**12,17**
Düsseldorf	6.114	6.952	2.871	2.970	520	**19.426**	2,92%	**22,12**
Duisburg	5.881	8.441	2.693	3.386	593	**20.994**	3,15%	**23,91**
Ennepe-Ruhr-Kreis	3.939	6.502	2.403	2.147	332	**15.323**	2,30%	**17,45**
Essen	6.205	9.261	3.814	3.544	659	**23.484**	3,53%	**26,74**
Euskirchen Kreis	2.064	2.361	972	962	161	**6.520**	0,98%	**7,43**
Gelsenkirchen	3.637	4.997	2.199	2.023	466	**13.322**	2,00%	**15,17**
Gütersloh Kreis	3.331	3.509	1.546	1.406	269	**10.061**	1,51%	**11,46**
Hagen	2.588	4.133	1.735	1.534	245	**10.234**	1,54%	**11,66**
Hamm	2.146	3.414	872	1.240	239	**7.912**	1,19%	**9,01**
Heinsberg Kreis	2.605	3.206	1.530	1.441	256	**9.038**	1,36%	**10,29**
Herford Kreis	2.445	2.501	971	1.043	229	**7.189**	1,08%	**8,19**
Herne	2.177	3.499	1.350	1.352	240	**8.618**	1,29%	**9,81**
Hochsauerlandkreis	2.768	3.658	2.111	1.492	340	**10.368**	1,56%	**11,81**
Höxter Kreis	1.438	1.776	678	636	73	**4.600**	0,69%	**5,24**
Kleve Kreis	3.029	3.625	1.363	1.547	381	**9.945**	1,49%	**11,33**
Köln	10.217	12.112	4.459	4.948	768	**32.504**	4,88%	**37,02**
Krefeld	2.743	3.132	1.074	1.308	195	**8.453**	1,27%	**9,63**
Leverkusen	1.798	2.159	845	896	116	**5.814**	0,87%	**6,62**
Lippe Kreis	3.491	3.631	1.850	1.758	405	**11.134**	1,67%	**12,68**
Märkischer Kreis	4.716	7.277	3.880	2.674	458	**19.006**	2,86%	**21,65**
Mettmann Kreis	5.138	6.077	2.095	2.811	365	**16.486**	2,48%	**18,77**
Minden-Lübbecke Kreis	3.113	3.190	1.247	1.581	357	**9.488**	1,43%	**10,81**
Möchengladbach	3.526	4.132	1.427	1.646	281	**11.013**	1,65%	**12,54**
Mülheim a. d. Ruhr	1.821	2.591	1.092	995	151	**6.650**	1,00%	**7,57**
Münster	2.346	3.244	1.546	1.231	229	**8.596**	1,29%	**9,79**
Oberbergischer Kreis	2.802	3.336	1.217	1.420	241	**9.016**	1,35%	**10,27**
Oberhausen	2.535	3.846	1.410	1.558	303	**9.652**	1,45%	**10,99**
Olpe Kreis	1.336	1.873	903	828	156	**5.096**	0,77%	**5,80**
Paderborn Kreis	2.912	3.340	1.419	1.382	247	**9.301**	1,40%	**10,59**
Recklinghausen Kreis	7.371	9.641	5.875	4.365	974	**28.226**	4,24%	**32,15**
Remscheid	1.174	1.841	545	704	140	**4.404**	0,66%	**5,02**
Rhein.-Bergischer-Kreis	2.918	3.020	1.458	1.334	182	**8.911**	1,34%	**10,15**
Rhein-Erft-Kreis	4.869	5.753	2.487	2.493	388	**15.989**	2,40%	**18,21**
Rhein-Kreis Neuss	4.851	5.299	1.876	2.308	339	**14.673**	2,20%	**16,71**
Rhein-Sieg-Kreis	6.090	7.004	2.820	3.047	347	**19.308**	2,90%	**21,99**
Siegen-Wittgenstein Kreis	2.777	3.568	1.717	1.614	313	**9.988**	1,50%	**11,37**
Soest Kreis	3.254	4.586	2.435	1.691	263	**12.229**	1,84%	**13,93**
Solingen	1.563	2.166	715	903	147	**5.494**	0,83%	**6,26**
Steinfurt Kreis	4.360	5.712	1.789	2.371	295	**14.527**	2,18%	**16,54**
Unna Kreis	4.945	7.484	3.562	2.967	502	**19.460**	2,92%	**22,16**
Viersen Kreis	3.529	3.716	1.395	1.594	251	**10.486**	1,58%	**11,94**
Warendorf Kreis	2.589	3.670	1.717	1.363	155	**9.493**	1,43%	**10,81**
Wesel Kreis	5.444	7.638	2.705	2.866	532	**19.186**	2,88%	**21,85**
Wuppertal	3.710	5.183	1.698	2.025	382	**12.999**	1,95%	**14,80**
Nordrhein-Westfalen	**190.862**	**249.676**	**104.841**	**102.386**	**17.810**	**665.575**	**100,00%**	**758,00**

758

820

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über niedrigschwellige Hilfe- und Betreuungsangebote für Pflegebedürftige

Vom 4. November 2014

Auf Grund des § 45b Absatz 3, des § 45c Absatz 6 Satz 4 und des 45d Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1015), von denen § 45b Absatz 3 durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874) geändert worden ist, § 45c Absatz 6 Satz 4 durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3728) eingefügt worden ist und § 45d Absatz 3 durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874) eingefügt worden ist, verordnet die Landesregierung:

Artikel 1
Änderung der Verordnung über niedrigschwellige Hilfe- und Betreuungsangebote für Pflegebedürftige

In § 11 der Verordnung über niedrigschwellige Hilfe- und Betreuungsangebote für Pflegebedürftige vom 22. Juli 2003 (GV. NRW. S. 432), die zuletzt durch Verordnung vom 26. November 2014 (GV. NRW. S. 837) geändert worden ist, wird die Angabe „2014“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 4. November 2014

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Die Ministerpräsidentin

Hannelore K r a f t

Die Ministerin
für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Barbara S t e f f e n s

– GV. NRW. 2014 S. 728

Einzelpreis dieser Nummer 2,70 Euro
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 33,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 67,– Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf
Von Vorabeinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.
Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach
ISSN 0177-5359